

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Scheck-Konto: Hannover 576 13
Scheck-Konto: Essen . . . 241 71

Der Abonnementspreis beträgt durch Post bezogen monatlich 75 Goldpfennig
Kunzeigenpreis: Die siebengefaltete Kolonialzeitung oder deren Raum 100 Goldpfennig



Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Limberg, Essen. Druck: J. Hansmann & Co., Bochum
Telephon-Nummern: 89, 95
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Biemelhauer Straße 38-42
Telegraph: Aboverband Bochum

Gegen den Zollwucher!

Der Reichstag wird sich im Oktober mit dem Zollgesetzentwurf der Regierung zu beschäftigen haben, dessen Beratung in der letzten Reichstags-Sitzung die Sozialdemokraten durch Herbeiführung der Beschlussfähigkeit vereitelten. Der Entwurf hebt die Verordnung auf, die am 4. August 1914 bei Kriegsbeginn erlassen wurde, wonach für eine ganze Reihe von Nahrungsmitteln und Rohstoffen, die für das deutsche Volk lebenswichtig sind, vorübergehend die Zölle außer Kraft gesetzt wurden. Im Laufe der Nachkriegszeit hat diese Verordnung bereits eine Reihe von Einschränkungen erlitten, so daß im wesentlichen nur noch die wichtigsten Nahrungsmittel zollfrei blieben. Nunmehr sollen die Zölle zunächst in der autonomen Höhe wieder eingeführt werden für Roggen, Weizen und Spelz, Gerste, Hafer, frische Kartoffeln, Minderfleisch, Schafe, Schweine, Speck und einfach zubereitetes Schweinefleisch. Sodann wird das Gesetz über die vorübergehende Aufhebung und Herabsetzung von Zöllen vom 14. Juni 1921 verlängert.

Nach Wiedereinführung der Agrarzölle soll auch das Einfuhrzollgesetz wieder in Kraft treten.

Nach einer weiteren Bestimmung soll durch Gesetz die Regierung auch ermächtigt werden zu vorübergehenden Zolländerungen, wesentlich im Sinne einer Erhöhung der industriellen Zölle, aber nur in solchen Fällen, wo ein dringendes wirtschaftliches Bedürfnis als vorliegend anerkannt werden muß. Reichsrat und der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages müssen ihre Zustimmung geben.

Eine Anzahl von Zahlstellen unseres Verbandes haben uns in ihren letzten Versammlungen mit den Schutzsollfragen beschäftigt, die durch die Einbringung der Zollvorlage im Reichstag wieder akut geworden ist. Verschiedene Resolutionen ermahnen den Verbandsvorstand, sich mit allen Kräften dagegen zu wenden, daß diese Zollvorlage Gesetz werde. Wenn sie aber trotzdem durchgeht, sei es Aufgabe des Vorstandes, dafür zu sorgen, daß die dann eintretende Preissteigerung durch Verbrauchssteigerungen ausgeglichen werde.

Diese primitive Betrachtung der Zollvorlage und ihrer Wirkungen ist natürlich ganz richtig, wenn sie auch nur eine der nächstliegenden Wirkungen des Zollwuchers betrachtet. Die Zollvorlage, wie sie dem Reichstag vorliegt, hebt nicht einfach Schutzsollzölle in Kraft, sondern erhöht die Reichsregulierung, sie nach Bedarf in Kraft zu setzen. Diese Ermächtigung ist natürlich schon ein Grund, weshalb wir uns gegen die Vorlage wenden müssen. Aber auch gegen den Zollwucher als solchen müssen wir uns wenden. Einmal aus dem Grunde, den die Resolutionen unserer Kameraden hervorheben. Dieser Zollwucher, der nur einer ganz kleinen Volksminderheit zugute kommt, verteuert die Lebenshaltung ganz unverhältnismäßig mehr, als etwa der Nutzen für Staat und Grundbesitz beträgt. Vor dem Krieg rechneten wir, daß ein Fünftel wichtiger Nahrungsmittel aus dem Ausland nach Deutschland eingeführt wurde. Der Zoll auf diese Auslandswaren hat nun den Zweck, diese Waren um den Zollbetrag zu verteuern, damit zugleich aber auch die vier Fünftel Inlandsware um so viel teurer zu machen. Diese Vertenerung der Lebenshaltung geht heute selbst eingefleischten Agrariern und ihren früheren Wortführern zu weit. Prof. Sering von der Berliner Universität, früher ein eifriger Befürworter der Agrarzölle, wandte sich in seinen jüngsten Vorlesungen scharf gegen die Wiedereinführung dieser Zölle. Er führte aus, früher, vor dem Krieg, seien wir ein gewaltig empfortretendes Land gewesen und damals sei es ihm nicht unbillig erschienen, daß wir für Fleisch und Brot etwas mehr ausgaben, um Zehntausenden von landwirtschaftlichen Familien zu nützen. Jetzt aber sei die Sache anders. Durch die Reparationslasten würden die Lebenshaltung unserer Industriebevölkerung so gewaltig heruntergedrückt, daß es unverantwortlich sei, durch den Agrarzoll den Reallohn noch weiter zu senken. Nur als Kampfmittel für Handelsvertragsverhandlungen, um Angehörigen von anderen Ländern zu erreichen, will Sering die Zölle benutzen wissen.

Die Vertenerung der Waren durch die Zölle wird nicht bestritten, sie ist ja auch der Zweck des Ganzen. Wie sich die Vertenerung auswirkt, ehe noch die Zölle da sind, haben wir in den letzten Monaten erlebt. Die Einbringung der Zollvorlage, die uns jetzt auf neue Zölle wirken verteuert. Dann gab die Regierung die Getreideausfuhr frei und die Preise zogen gewaltig an. So kosteten

	Weizen	Roggen	Hafer
Ende 1913	198,8	164,4	162,2
1. Juli 1924	139-144	127-134	121-134
1. Sept. 1924	208-213	170-176	159-169

Mitte September waren die Preise weiter, Roggen auf über 180 gestiegen. Am 17. September stand Roggen an der Berliner Börse auf 205-209 Mk., Weizen auf 228-236 Mk.! Die allgemeine Teuerung wurde durch diese Preissteigerungen für Getreide erheblich beeinflusst. Die auf den Stichtag des 16. September berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts hat gegenüber dem Stand vom 9. September (124,7) im wesentlichen unter dem Einfluß der weiter gestiegenen Getreidepreise um 3,1 Prozent auf 128,6 angezogen. Von den Hauptgruppen haben sich Lebensmittel von 107,1 auf 115,0 oder um 7,4 Prozent erhöht. Die Industriestoffe gingen von 138,9 auf 138,4 oder um 0,4 Prozent zurück. Die Gruppe Kohle und Eisen blieb mit 129,4 unverändert. Die Inlandswaren zogen von 118,2 auf

123,0 oder um 4,1 Prozent an, während die Einfuhrwaren von 157,4 auf 156,5 oder um 0,6 Prozent nachgaben.

Mit dieser Getreidepreissteigerung sind die deutschen Preise schon erheblich über Weltmarktpreise gestiegen und der angebotene Zweck, den Inlandspreis an den Weltmarktpreis anzugleichen, war schon verfehlt. Die Regierung hat denn auch Mitte September eine Preiseneinstufungsaktion unternommen. Sie hat die Getreideausfuhr wieder gesperrt und hofft damit den Preis zu drücken. Ihre Zollvorlage hat sie aber nicht zurückgezogen. Wenn die Preise infolge der getroffenen Maßnahme sinken, wird die Regierung nichts eiligeres zu tun haben, als sie durch den Zoll wieder in die Höhe zu treiben!

Der Zoll auf Agrarprodukte ist aber ein ganz ungeeignetes Mittel, der Landwirtschaft zu helfen. Nur ein ganz kleiner Teil der Landwirtschaft, über dessen Prozentzahl man nicht streiten braucht, hat Nutzen von den Zöllen. Kleine Bauern, die etwas Getreide verkaufen können, hüben den Nutzen doppelt und dreifach ein an den höheren Preisen, die sie für zu kaufende Futtermittel und Industrieprodukte zahlen müssen. Eine üble Gesamtwirkung des Zolles ist demgegenüber, daß er den Bodenpreis in die Höhe treibt. Die Aussicht auf den Zollwucher steigert diesen Preis, es wird viel Grund und Boden verkauft, und den Nutzen hat dann nicht der Landwirt, der bei seiner Scholle bleibt, sondern der, der sie veräußert. Dann ist im Vergleich zum gestiegenen Bodenpreis der Zollwucher wieder zu gering und weiteres Geld nach erhöhten Zöllen in die Höhe.

Die Wirkung der Zölle, die man aufträgt der Arbeit, die Löhne zu mindern, kann Deutschland heute weniger denn je tragen. Nur gesteigerte Manufaktur kann die Produktion in Deutschland beleben, gesteigerte Produktion bedeutet verbilligte Produktion und damit erleichterten Wettbewerb mit dem Ausland. Der Schutz Zoll hat aber noch die Wirkung, daß er nicht einseitig als Agrarproduktzoll antritt, sondern als wechselseitiges Geschenk von Industrie und Agrarierum. (Sich du nur hohe Agrarzölle, gebe ich dir hohe Industriezölle.) Ein solches System wirkt nicht anregend auf die Produktion. Es verteuert im Gegenteil zu erheblicher Verzögerung des technischen Fortschritts, es fördert die wirtschaftliche Macht der Kartelle und Syndikate, erhöht die inländischen Produktionskosten und erschwert wiederum die uns so nötige Ausfuhr. Einmal treibt hier der Zoll die Manufaktur, die manufaktur führt die Waren und kann deshalb weniger teuer. Der Prozent, der durch Zoll „geblüht“ Rohstoffe und Halbfabrikate verarbeitet, führt im Ausland auf Konkurrenz, die solche Zollbelastung nicht zu tragen haben und billiger verkaufen können; wiederum Schädigung unserer einheimischen Produktion! Es ist auch gar nicht wahr, daß die Schutzzölle „mehr Arbeit im Lande“ bringen und so den Arbeitern nützen. Wenn das wahr wäre, könnte zu erwartender höherer Lohn vielleicht einen Ausgleich mit die zu zahlenden höheren Preise bringen. Die Verminderung der Manufaktur führt aber notwendig zu einer Verminderung der Produktion und damit zu schlechteren Arbeitsverhältnissen bei verbleibender Manufaktur des Arbeitslohnes. Wie sehr die Preise durch Zölle in die Höhe getrieben werden sollen, erhellt aus einem Artikel des Landwirtsch. v. Nichthofen, der Zollwucher in einer Höhe verlangt, daß der Boden „rentabel“ gemacht werde, der nach vier Zentner Roggen pro Morgen bringe! Vor dem Krieg betrug der Ertrag in Deutschland 8 1/2 bis 9 1/2 Zentner je Morgen. Nichthofen will einen so hohen Zoll, daß die Hälfte dieses Ertrages den Boden noch rentabel sein läßt! Das ist natürlich volkswirtschaftlicher Unsinn, einmal untragbar, weil die dadurch bedingte Preissteigerung bei den heutigen Löhnen unmöglich zu ertragen wäre, dann aber auch ein direkter Anreiz zu extensiver Wirtschaft, zur Vernachlässigung der Technik, zur Unterlassung von Verbesserung und Verbilligung der Produktion.

Das Gefährlichste an Agrarzöllen in der heutigen Zeit ist aber für Deutschland die Unterbindung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, die der deutsche Außenhandelsverband (früher Handelsvertragsverein) in einem Protest gegen die Agrarzölle kurz wie folgt kennzeichnet:

„Die deutsche Agrarkrise ist ein Teil und der Ausfluß der allgemeinen deutschen Wirtschaftskrise; sie kann nicht unabhängig von dieser und auf Kosten anderer Zweige des deutschen Wirtschaftslebens, sondern nur mit ihr gemeinsam behoben werden. Das Mittel der Agrarzölle erweist sich dazu als ungeeignet. Es führt lediglich zur Steigerung der Grundrente des Großgrundbesitzes und des größeren Mittelbesitzes. Es schwächt die Kaufkraft für die spezifischen Erzeugnisse der Klein- und mittleren Mittelbesitzer und führt zu deren Aufzählung und zur Entvölkerung des platten Landes. Die verteuerte Wirkung von Agrarzöllen erhöht die Produktionskosten von Industrie, Handel und Handwerk und lähmt damit die Ausfuhr, während gleichzeitig die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes für deren Ware zurückgeht. Die Folge ist wachsende Arbeitslosigkeit und verminderte Steuerkraft.“

Der Abschluß günstiger Handelsverträge, die unser Wirtschaftsleben notwendig braucht, wird durch die Agrarzölle erschwert.“

Es ist selbstverständlich, daß unser Verband in dem Kampf gegen volksfeindliche Politik alles tun wird, was ihm zur Wahrung der Interessen der Kameraden zu tun möglich ist. Leicht ist dieser Kampf nicht, weil die Einstellung der Agrarier und des Industrieproletariats für Schutzzölle eine geschichtlich gewordene Taktik ist, die darzustellen und zu erläutern Aufgabe eines nächsten Artikels sein soll.

Organisierte KPD-Organisation in den freien Gewerkschaften.

Keine Gewerkschaft kann es dulden, daß Teile ihrer Mitglieder eine geschlossene, organisierte, Sonderbeiträge erhebende Sondergruppe in der Organisation bilden zu dem Zweck, die bisherige Taktik zu bekämpfen und die ganze Gewerkschaft unter den Befehl einer fremden Organisation zu stellen. Wer in der Gewerkschaft, also auch in unserem Verband, so arbeitet, muß im Interesse des Verbandes und seiner Mitglieder ausgeschlossen werden. Abweichende Meinungen dürfen in der Gewerkschaft nicht verfolgt, ihre Vertretung in Versammlungen und Beschlüssen nicht unterdrückt werden, denn das würde geistigen Trübsand bedeuten. Es gibt keine ewig gültige Auffassung über Organisationsform und Gewerkschaftsstatut, die Form ging bisher schon vom Vorkommenden zum Zentral-Berufs- und Industrieverband und sie kann sich mit der Entwicklung der Wirtschaft noch bedentlicher, national wie international, ändern. Die Arbeit der Gewerkschaften, ihre Stellung zu Wirtschaft und Politik hat sich ebenfalls vielfach geändert, je härter die Gewerkschaften wurden. Lebend aber wird sein die Selbstständigkeit der Gewerkschaft, ihre Unabhängigkeit von jeder anderen, besonders von jeder parteipolitischen Organisation.

Die KPD will es anders. Sie will auch die freien Gewerkschaften beherrschen. Diese sollen nur Mittel der KPD sein und ausführen, was die Parteizentrale auf Anordnung von Moskau ausführt.

In einer achtseitigen Proklama: „Richtlinien für die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften“ hat die Bezirksleitung der KPD, Ruhrgebiet, Abteilung Gewerkschaften, Anweisungen für diese Arbeit zusammengestellt. Die Proklama war natürlich nicht für unseren Kreisbereich bestimmt, aber da sie uns zuzug, wollen wir sie kurz und deutlich charakterisieren.

„Die Arbeit der Kommunisten in den reformistischen Gewerkschaften ist keine abstrakt organisatorische, sondern in erster Linie eine politische.“

Daß diese politische Arbeit in den freien Gewerkschaften nur nach den Weisungen Moskaus zu richten ist, wird besonders unterstrichen durch den Beschluß des fünften Weltkongresses der Kommunisten, wonach jeder kommunistische Mitglied einer Gewerkschaft sein und in ihr seine revolutionäre Aufgabe erfüllen muß. Wenn die Kommunisten das anwenden wollten auf ihre, der sogenannten freien Gewerkschaftsunterstützung angehörenden Gewerkschaften, wie Unien usw., hätten wir nichts dazu zu sagen. In unserem Verband verbieten wir uns diese Arbeit und werden sie zu verhindern wissen!

Die Ortsgruppen der KPD sollen in kürzester Zeit alle Parteimitglieder auf ihre Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaftsorganisation kontrollieren. Anzeigebogen und Material wird von der KPD-Bezirksleitung geliefert. Alle straf soll eingeleitet werden.

„um bis Ende September alle gewerkschaftlich nicht organisierten Kommunisten in die freien Gewerkschaften zurückzuführen.“

Von dieser „Arbeit“ und ihren Erfolgen haben wir bislang noch nichts gehört. Die stückweise erkrankte Mitgliederzunahme in unserem Verband stammt nicht aus diesen Streichen, die ja auch wirklich wenig damit zu tun haben, immer wieder ihre diversen Unien zu zerlegen und wieder zusammenzulegen.

Die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder sollen ortswise Fraktionen bilden und einen Fraktionsvorstand wählen. Die Wahlen haben aber nur Gültigkeit, wenn der Ortsgruppenvorstand sie bestätigt. Mitglieder, die dem Vorstand einer freien Gewerkschaft oder einer selbständigen Organisation angehören, dürfen nicht in den Fraktionsvorstand gewählt werden. Ueber Ausnahmen entscheidet der Ortsgruppenvorstand.

„Die Fraktion kontrolliert die Tätigkeit unserer in Vorstandsämtern sitzenden Genossen ebenso wie die Tätigkeit der Amterbedarfen. Diese Kontrolle ist doppelt nötig: 1. damit die auf dem schmerzlichsten Boden eines leitenden Gewerkschaftsfunktionärs sitzenden Parteimitglieder reformistischen Einflüssen nicht unterliegen und 2. bedürfen die Genossen einer ständigen Zügel der Fraktion gegenüber reformistischen Angriffen.“

Die Personalunion von Fraktionsvorstand-Gewerkschaftsvorstandsmittglied hat in sehr vielen Fällen zu sehr schwierigen Komplikationen geführt und oft föhrende Gewerkschaftsmitglieder verleitet, mit Hilfe der Fraktion einen Kampf gegen die Partei zu führen.“

Parieren, nicht denken! Der Fülle sind wohl schon zu viel gewesen, in denen einem kommunistischen Gewerkschaftler die Moskauer Parolen zu dumm waren, so daß er sich mit seiner Fraktion gegen diese Parolen wandte? Deshalb dieser doppelte Nachdruck gegen die Gefahr des Vernünftigerwerdens.

„Karte Kartelle“ sind überall zu gründen und vor allen Dingen sind Beiträge zu erheben:

„Zur Finanzierung unserer Gewerkschaftsarbeit werden vom 1. Oktober an neue Kampffondsarten herausgegeben. . . 20 Pf. pro Monat für voll arbeitende, 10 Pf. für Kurzarbeiter, Frauen, Jugendliche, Landarbeiter. . . Von der Einnahme verbleiben 30 Prozent in der Kasse des roten Kartells. 40 Prozent gehen an die Bezirksleitung, 30 Prozent an die Zentrale.“

Was würde eine kommunistische Organisation mit Mitgliedern machen, die sich in ihr besonders organisiert, besondere Beiträge erheben, um die Organisation nach fremdem Diktat umzukampeln? Sie würden selbstverständlich hinausgeworfen! Wie unser Verband sich solchen Mitgliedern gegenüber verhalten muß, braucht deshalb nicht besonders gesagt zu werden.

Für die Arbeit in den Fraktionen werden besondere Anweisungen gegeben. Für die Zahlstellenversammlungen soll in den Fraktionen alles vorbereitet, Anträge, Resolutionen sollen ausgearbeitet werden, in der Versammlung soll nur sprechen, wer von der Fraktion dazu bestimmt ist. Für alle Wahlen in den Zahlstellen usw. sollen Vorbereitungen getroffen werden:

„Keine Position und keine Funktion in den Gewerkschaften darf den Reformisten kampflos überlassen werden. Gehört zur Eroberung der Gewerkschaften in erster Linie Gewinnung der Arbeitermassen, so ist doch die Eroberung des Gewerkschaftsapparats ein wichtiger Bestandteil unserer Gewerkschaftsarbeit. Alle reformistischen Gutsmittel müssen womöglich in Reformisten genommen und unserem Kampfnutzbar gemacht werden.“

Wir brauchen unseren Kameraden nicht auseinanderzusetzen, daß keine freie Gewerkschaft, auch nicht unser Verband, daran denken kann, sich solche Wühlarbeit in der Gewerkschaft gefallen zu lassen. Wer so, im Verband Opposition treiben will, wird höchlich, aber energisch gebeten, die Verbandstür von draußen anzumachen!

Als sachliche Kampfbjekte für die neue Kampagne der Kommunisten werden in der genannten Broschüre der Kampf gegen das Sachverständigengutachten, Nachmittags, 11-Stundenwoche, Erwerbslosigkeit, Betriebsbesetzung, Befreiung der politischen Gefangenen bezeichnet. Wie dieser Kampf geführt werden soll, wird in einer anderen Broschüre Dr. KPD. gezeigt. Diese als Manuskript gedruckte Broschüre betitelt sich: „Anweisungen für die Kampagne gegen das Sachverständigengutachten, für die Sozialistengesetz“. Die Broschüre ist in großer Anzahl gedruckt und allen KPD-Funktionären in der Partei, den Gewerkschafts-, Genossenschaftsfraktionen, Betriebszellen, Ortsvereinen usw. zugestellt. Die Broschüre gibt zunächst auf 18 Seiten ein umfassendes Material über die innen- und außenpolitische Lage. Darauf wollen wir hier nicht eingehen. Uns interessieren mehr die folgenden Anweisungen, wie die Funktionäre auch in den Gewerkschaften und Genossenschaften arbeiten sollen.

Am 1. September fand eine instruktive Konferenz der Sekretäre und Medaileure in Berlin statt, am 9. Oktober findet eine internationale Parolenkonferenz statt. Vom 8. bis 21. September folgten Instruktionen der Funktionäre im ganzen Lande, nach dem 21. September sollen öffentliche Versammlungen, Demonstrationen, Gewerkschaftsversammlungen, Betriebsversammlungen usw. stattfinden. Die KPD-Presse tritt während dieser Zeit umfassend mit Artikel- und Bildmaterial von der Zentrale aus vor. Vier Seiten Referentenmaterial, drei Broschüren, zwei Plakate, fünf Klebezettel und zwei Flugblätter sollen weiter die Kampagne unterstützen. Eine Unmenge Geld muß für diese Aktion zur Verfügung stehen! Daß dieses Geld nicht aus den Mitgliedschaften der KPD. kommt, ist bei dem Rückgang dieser Partei und bei der allgemeinen Notlage der Arbeiterklasse selbstverständlich. Es ist also sicherlich ein neuer Posten russischen Geldes angekommen oder es ist noch ein Posten von dem übrig, das man angeblich im letzten Jahr für die Bergleute geschenkt hat.

Mit der letzten Werbekampagne vom 27. Juli bis 8. August ist die Broschüre gar nicht zufrieden, sie macht den Organen zum Vorwurf, daß sie es nicht verstanden hätten, die Arbeit (besonders in Gewerkschaften und Genossenschaften) nach einem einheitlichen Plan zu organisieren. Damit das besser werde, sollen für diese Kampagne bis ins kleinste organisierte „Kampfleitungen“ eingerichtet werden.

Für die Wühlarbeit in den Gewerkschaften gibt die Broschüre umfassende Anweisungen. Sie interessieren uns hier besonders. In der Versammlungskampagne sollen durch Druck auf die Gewerkschaften Gewerkschaftsversammlungen, insbesondere Generalversammlungen, erzwungen werden. Die KPD-Politik soll selbstverständlich in diesen Versammlungen kräftig vertreten werden, denn:

„Der schärfste Kampf muß geführt werden in den Gewerkschaften gegen die bürgerlichen Zustufen, die von den Sozialregenten getrieben werden. Sozialdemokraten und reformistische Gewerkschaftsführer sind die Hauptfeinde des Proletariats. Ihr Einfluß muß im Lauf der Kampagne völlig vernichtet werden. Darum ist es notwendig, auch diese Kampagne auszunutzen zur Organisierung des revolutionären Blocks in den Gewerkschaften, zur Wiederorganisierung des deutschen Proletariats, zum gemeinsamen Kampf gegen den Reformismus.“

Der Zweck dieser Arbeit: Vernichtung der Gewerkschaften in ihrer bisherigen Form wird hier so deutlich herausgestellt, daß offen zutage liegt: der Verband kann solche Zerschmetterungsarbeit von eigenen Mitgliedern nicht dulden!

Die Betriebszellen der KPD. sollen besonders angepannt werden, die Betriebsräte werden als Träger der wichtigsten Aufgaben in diesem Kampf bezeichnet, „denn sie werden die Träger der nationalisierten und sozialisierten Wirtschaft sein“.

In den Betrieben sollen die Betriebsräte Differenzen benutzen, um auf die Seiten des Sachverständigengutachtens und auf die Sozialisierung überzuweisen. Betriebsratwahlen und Belegschaftsversammlungen sollen erzwungen und überall Resolutionen gegen das Sachverständigengutachten durchgedrückt werden. Betriebsdelegationen sollen in die Wohnungen der Reichsrats- und Landtagsabgeordneten geschickt werden, um ihre Stellung zu den betreffenden Fragen zu erkunden. Von dem Ergebnis muß in den Tageszeitungen ausführlich Bericht erstattet werden.“

Als Regel wird bezeichnet, daß das Auftreten in allen Versammlungen vorbereitet wird. Niemand darf in diesen Versammlungen reden, der nicht von der Fraktion dazu bestimmt ist. Vorbereitete Resolutionen sollen in allen Versammlungen vorgelesen werden.

Erwerbslose, Frauen, Jugendliche, Sportler sollen gelegentlich dieser Kampagne noch mehr als früher erfasst werden, ebenso soll „rote Hilfe“ „Internationale Arbeiterhilfe“ eine Rolle in der Bewegung spielen.

Unsere Kameraden sehen: Eine unseren Gewerkschaften absolut feindliche Richtung schickt sich zu einem Generalangriff auf unsere Verbände an. Dieser Angriff, diese Vernichtungstat ist unter allen Umständen zurückzuweisen und wer von unseren Mitgliedern nach diesen Postulat Methoden arbeitet, wird höchlich aber energisch gebeten werden, unseren Verband zu verlassen!

Der Unternehmerkern gegen die Sozialreform.

Es ist kein Geheimnis, daß die Unternehmer die deutsche Sozialreform bis zur Karikatur verschlechtern möchten, weil sie glauben, daß die Aufwendungen dafür die „Wirtsch.“ zu sehr belasten. Daß Löhne und Sozialausgaben in Deutschland weniger betragen als in anderen Ländern in den meisten anderen Industrieländern, ist es nicht, die ausgedehnte Konsumverzehrbarkeit Deutschlands schlieben sie besonders der Belastung durch die Sozialpolitik zu. Der Arbeiterverband für den Braunkohlenbergbau hat seine Forderungen in bezug auf die Sozialreform in einer Zeitschrift zusammengefaßt, aus der nachfolgend einiges wiedergegeben sei.

Nicht die Inflation, sondern die Verarmung Deutschlands schlingt nach dieser Darstellung das Zusammenbrechen der Sozialreform. Soziale Lasten und Steuern belasteten die Wirtschaft weit über das Ermöglichte hinaus. Die Nachkriegszeit verlangte zwar dringende soziale Fürsorge angesichts des herrschenden Elends, aber gerade deshalb mußte die Sozialreform vereinfacht werden.

Für den Bergbau schlugen die Unternehmer zunächst vor: Verschmelzung der Berufsgenossenschaften mit dem Reichsnarppschafsberein. Die Berufsgenossenschaften lehnen ihre Verschmelzung mit anderen Versicherungssträgern ab. Für die Arbeiter wäre eine einheitlich organisierte Sozialversicherung erprobenswerter, aber die Vereinerung von Berufsgenossenschaft und Reichsnarppschafsberein wird von den Unternehmern besonders deshalb gewünscht, um den Arbeitervereinsdruck auf den KPD. zu schwächen! Deshalb hat es die Unternehmerzeitschrift mit der Verschmelzung der beiden Einrichtungen auch nicht so eilig. Die materiellen Unterschiede zwischen

auch über die Durchführung des Reichsnarppschafsgesetzes sei noch keine Einigung erzielt.

Also: Erst Verschlechterung des R.N.G., dann Verschmelzung mit den Berufsgenossenschaften unter Befreiung des jetzigen Einflusses der Arbeitnehmer! Insonderheit hat die Zeitschrift hier im Auge die Einführung des Umlageverfahrens beim R.N.G. statt des Umlageverfahrens.

Als weiteres Sparmittel betrachtet die Zeitschrift die Verschmelzung der Leistungen, d. h. eine gewisse Gleichstellung der Entschädigungen aus den verschiedenen Versicherungen bei dem gleichen Grad von Erwerbsunfähigkeit. Das läuft natürlich wieder hinaus auf eine Kürzung der Knappschafstleistungen.

Das Nebeneinanderlaufen der Invaliden- und Unfallrenten sowie der Knappschafspension und der Unfallrenten ist nach Meinung der Unternehmer nicht zu tragen, sie verlangen Aufrechnung. Auch die Nebeneinandergewährung von Knappschafspension und Leistungen aus der Angestelltenversicherung halten die Unternehmer für untragbar.

Aber auch noch andere Verschlechterungen schlugen die Unternehmer vor. Die Knappschafspension in Höhe von 40 Prozent des Hauertlohnes erscheint ihnen als Gefährdung des Bergbaues, sie verlangen Reduzierung auf 30 Prozent. Auch die Altersgrenze von 25 Dienstjahren wollen sie beseitigt haben. Ein Teil der Arzneikosten soll nach den Vorschlägen der Unternehmer von den Versicherten getragen werden.

Renten für kleinere Körperverletzungen wollen die Unternehmer beseitigen. Sie fordern, daß Renten bis zu 33 1/2 Prozent Erwerbsunfähigkeit überhaupt nicht mehr gezahlt werden. Auch bei höheren Renten sollen Anrechnungen je nach Höhe des noch verdienten Lohnes stattfinden! Auch das Abfindungsrecht der Berufsgenossenschaften ohne Zustimmung der Versicherten soll erheblich erweitert werden.

Auch in der Verwaltung wollen die Unternehmer sparen, besonders sind ihnen hier die jetzt in der Verwaltung sich befindenden Arbeitervertreter ein Dorn im Auge. Sie verlangen glatte Wegbeseitigung der Vertrauensleute der Versicherten usw.!

Die Zeitschrift zeigt, daß die Unternehmer systematisch und energisch auf die Verschlechterung der Sozialversicherung und besonders des Knappschafswesens hinarbeiten. Dem muß von den Arbeitervertretern in den Parlamenten entgegengetreten werden, aber das kann nur Erfolg haben, wenn hinter den Parlamentariern eine starke Organisation steht!

Trübe Wirtschaftslage in Polnisch-Oberschlesien.

Keine Erschließung neuer Kohlenfelder.

Das polnisch-obererschlesische Industriegebiet ist seit Jahren der Zielort fremder Kapitalinvestitionen gewesen. Im Vordergrund standen französische Kapitalisten, aber auch Wiener, deutsches und italienisches Kapital konnten Boden behaupten bzw. neu Fuß fassen. In letzter Zeit wuchsen Gerüchte auch über italienische Neugründungen zu berichten, die an den Fiat- und den Ansaldo-Konzernen anknüpfen.

Dazu wird von informierter Seite mitgeteilt: „Die Nachrichten, daß ausländische, besonders italienische Finanzkreise sich nicht von weiteren Kapitalinvestitionen in Polnisch-Oberschlesien abhalten lassen wollen, entbehren jeder Grundlage. Es wird behauptet, daß insbesondere die beiden italienischen Konzerne Ansaldo und Fiat mit größeren Kapitalbeteiligungsplänen beschäftigt seien. Dazu verlaute, daß gerade diese beiden Konzerne zurzeit überhaupt nicht für die Ausführung solcher Pläne in Frage kommen, denn der Ansaldo-Konzern mußte erst vor kurzem saniert werden und ist daher für derart weitreichende Kapitalinvestitionen überhaupt nicht stark genug. Der Fiat-Konzern hat gegenwärtig unter der auch in der italienischen Automobilindustrie herrschenden Abwärtskurve so zu leiden, daß er keine Mittel zur Durchhaltung seiner eigenen Produktion nötiger braucht, als für derartig spekulative und langfristige Anlagen.“

Im übrigen ist das obererschlesische Industriegebiet im großen und ganzen für den internationalen Kapitalismus wenig schmackhaft geworden. Die heftig wütende Krise unterbindet vor allem noch jede Rentabilität. Zu der allgemeinen Depression kommen aber noch spezielle Hemmnisse des industriellen Lebens, die als Folgen der Zerreißung des früher der obererschlesischen Industrie zur Verfügung stehenden Wirtschaftsgebietes anzusprechen sind.

Augenblicklich kann überhaupt von einer Erschließung neuer Grubenfelder in Polnisch-Oberschlesien durch noch so starke ausländische Kapitalkräfte schon deshalb keine Rede sein, weil die Abwärtstendenzen der bereits erschlossenen polnisch-obererschlesischen Kohlenproduktion von Woche zu Woche größer werden. Bekanntlich sind der polnisch-obererschlesische Kohlenbergbau mit etwa 60 Prozent und die polnisch-obererschlesische Zinkindustrie mit nahezu 100 Prozent ihrer Produktion auf den deutschen Konsum angewiesen. Wer nur einigermaßen mit der gegenwärtigen Lage des Kohlenhandels vertraut ist, wird aber darüber informiert sein, daß Deutschland nicht im geringsten auf die Abnahme der polnisch-obererschlesischen Produktion angewiesen ist. Deutschland hat unter Einfluß der Industriefriede selbst Kohlenüberschuß. Auch nur die kleinste Umstellung des deutschen Kohlenhandels auf westliche und englische Kohle, die den bisher auf Polnisch-Oberschlesien eingestellten Kohlenhandelsfirmen in reichlichem Maße angeboten wird, dürfte auf den gesamten polnisch-obererschlesischen Kohlenbergbau geradezu ruind machen. Wenn man bedenkt, daß für die Errichtung eines neuen, auch nur mittleren Kohlenbergwerkes mindestens 15 bis 20 Millionen Goldmark erforderlich sind, so wird man bei den schwierigen Absatzverhältnissen, die heute für den gesamten europäischen Kohlenmarkt vorherrschen, wissen, was man von den Meldungen über diese angeblichen Neugründungen zu halten hat. Soweit überhaupt Interessentnahme ausländischer Kapital an der polnisch-obererschlesischen Industrie in Frage kommt, kann es sich eben nur um Beteiligung an bereits bestehenden Unternehmungen handeln.

Katastrophenpolitik im Saargebiet.

Die Köchlingwerke im Saargebiet beschäftigten zum 15. September ihren Betrieb stillzulegen und 12 000 Mann zu entlassen, wenn die Fortführung der Betriebe nicht durch Erhöhung der Kohlenpreise ermöglicht werde. Köchling gibt an, daß er „in den letzten Monaten“ einen Betriebsverlust von 25 Millionen Franken gehabt habe. Eine nähere Aufklärung über diese Verluste hat er nicht gegeben, auch kein Material zur Nachprüfung. Im März hat Köchling aber noch, um Arbeiterforderungen zuvorkommen, freiwillig eine Lohnerhöhung gegeben. Daß er das getan hätte zu einer Zeit, in der die Betriebe mit Verlust arbeiteten, ist nicht anzunehmen. Und seitdem 25 Millionen Verlust? Möglich sind solche Verluste schon, wenn man an die Frankenspekulation denkt. Auch der Betrieb kann vielleicht künstliches Defizit haben. Köchling hat z. B. in Frankreich Handelsniederlassungen, die selbständige Gesellschaften sind. Sie erhalten Köchlingsschiff vielleicht zu 400 Fr., kaufen dazu von Krupp und Thyssen zu 500 Fr. und verkaufen zu 600 Fr. Die Handelsgesellschaft kann auf diese Weise gute Profite machen, während das liefernde Mutterwerk zu gleicher Zeit mit Verlust arbeitet.

Solange Köchling seine Angaben nicht nachprüfen läßt, ist auf sie nichts zu geben. Seine Forderung: 20 Prozent Kohlenpreiserhöhung, 20 Prozent Lohnabbau und Befreiung der Arbeiter, liegt ja ganz in der allgemeinen Linie der Unternehmerpolitik.

Die französische Bergverwaltung, die sich mit der Frage der Kohlenpreiserhöhung beschäftigte, kam zu dem Ergebnis, daß eine solche Erhöhung nicht möglich ist, da die Kohlenpreise

für die Bergleute. Dieser Lohnabbau sei aber heute nicht zu verantworten, da die Löhne dafür zu gering seien. Auch an der Arbeitszeit (7 1/2 Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt) will die Bergverwaltung nichts ändern.

Köchling hat also in seinem Bestreben bei den Franzosen nicht die gewünschte Hilfe gefunden. Er versuchte trotzdem seinen Willen durchzusetzen. Er sperrte seinen Betrieb für diejenigen, die nicht 15 bis 25 Prozent billiger und mehrere Stunden länger arbeiten wollten. Wie weit Arbeiter in dies Loch getrocknet sind, ist uns heute noch nicht bekannt.

Die Forderung auf Ermäßigung der Saarkohlenpreise ist an sich nicht unbegründet. Frankreich hat die Saargruben bekommen, Deutschland kann sie aber 1935 zurückkaufen und die Saarbevölkerung hat dann durch Volksabstimmung zu entscheiden, ob sie wieder zu Deutschland gehören will. Es ist begreiflich, daß die Franzosen eine Politik zu treiben versuchen, welche diese Abstimmung in ihrem Sinn beeinflusst. Daß ihnen das bis heute nicht gelungen ist, darf als sicher angenommen werden. Inzwischen bemühen sie sich, die Saarkohlenproduktion zu steigern und so viel wie möglich Nutzen aus den Saargruben zu ziehen. Nach einer Zeitschrift der politischen Parteien des Saargebietes an den Völkerverbund hat die französische Bergverwaltung aus der Saarkohle bedeutend höhere Profite gezogen, als der preussische Staat vor dem Krieg. 1913 brachte die im Saargebiet abgefochte Kohle einen Rohgewinn von 1,49 Mrd. je Tonne, 1924 im 1. Vierteljahr 4,07 Mrd.; Generatorkohle 1913: 3,60 Mrd., 1924: 9,62 Mrd. je Tonne. Nach dem Bericht des französischen Senators Perrier vom 26. März 1923 brachten die Saargruben eine Rente von 7,25 Proz. in 1920, 6,68 Proz. in 1921, 10,90 Proz. in 1922. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die französische Bergverwaltung große Ausgaben im politischen Interesse macht, die mit dem Betrieb als solchem nichts zu tun haben.

Köchling hat 7000 Arbeiter ausgesperrt, die nicht 15 bis 25 Prozent billiger und zwei Stunden länger arbeiten wollten. Der freie, christliche und kirchlich-österreichische Metallarbeiterverband haben den Kampf aufgenommen. Es besteht Aussicht, daß die Erwerbslosenunterstützung erhöht und auch viele Arbeiter bei der Bergverwaltung untergebracht werden können, so daß Köchling noch nicht siegt hat.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

1200 Dollar Gewinn — 25 000 Dollar Lantienen.

Die Westdeutschen Kalkwerke A.-G. Köln haben im letzten Jahre einen Reingewinn von 4871 Goldmark erzielt, der auf neue Rechnung vorgetragen wird. An den Aufsichtsrat zahlt aber die Gesellschaft 25 000 Dollar Lantienen.

Während des Ruhrkampfes haben die Werte lange stillgelegen, nachher haben sie bei sehr gestiegenen Preisen teilweise gearbeitet. Trotzdem können sie 25 000 Dollar an den Aufsichtsrat zahlen!

Die Weltweizenrente.

Das Internationale Landwirtschaftsinstitut in Rom schätzt die Weltweizenrente 1924 auf 1222,2 Millionen Zentner. In Frage kommen 21 Länder. Die Mengen im Jahresdurchschnitt 1918-22 betragen 127,8 Millionen und im Jahre 1923 rund 1400 Millionen. Gegenüber 1923 ergibt sich somit ein Rückgang von 16 Prozent. Die Ergebnisse in Amerika sind besser und die in Kanada schlechter ausgefallen, als man ursprünglich annahm. Die Ergebnisse für Deutschland, Rußland, Frankreich, Jugoslawien und die Tschechoslowakei stehen noch nicht fest.

Für Preußen schätzt die Statistische Korrespondenz die Menge des Brotgetreides auf 61,2 Millionen Doppelzentner, gegen 72,7 im Vorjahre. Das bedeutet eine Einbuße von 11,5 Millionen Doppelzentner. Es wurden u. a. geschätzt (in 1000 Doppelzentner): Winterweizen 13 033 000 (1923: 14 539 000), Sommerweizen 2 146 000 (1923: 2 505 000), Winterroggen 44 789 000 (1923: 54 869 000), Sommerroggen 1 062 000 (1923: 607 000).

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Ruhrkohlenwagnisfondit.

Die Kämpfe im Ruhrkohlenwagnisfondit, die sich vornehmlich um die Beteiligung der Zechen am Kohlenhandel und seinen Gewinnen drehte, führten in der vorgeesehenen Frist nicht zur Erneuerung des Syndikats. Nachdem 90 Prozent der Zechen sich über die Verlängerung des Syndikats einigten, hat der Reichswirtschaftsminister die neu geschaffenen Vereinbarungen anerkannt und den zwangswiseigen Zutritt der fehlenden Zechen zum Syndikat angeordnet. — Auf die Streitpunkte und die neuen Vereinbarungen kommen wir zurück.

Deutsche Kohlenproduktion.

Steigerung für Steinkohle — Rückgang für Braunkohle.

Die vom Statistischen Reichsamt veröffentlichte Juli-Statistik zeigt gegenüber der Juni-Statistik eine bemerkenswerte Erhöhung der Steinkohlen- und besonders der Koksproduktion. Die Steinkohlenproduktion betrug im Juli 11 272 997 To. gegenüber 9 100 535 im Juni. Auch die Braunkohlenproduktion wies gegenüber dem Vormonat eine Steigerung um rund 600 000 To. aus, während die Koksproduktion von 1 775 247 To. im Juni auf 2 284 015 To. im Juli stieg. Steinkohle und Braunkohle wiesen ebenfalls gegenüber dem Vormonat nicht unerhebliche Steigerungen auf. Verglichen mit dem Juli des Vorjahres war die Steinkohlenförderung um rund 8 Millionen To. größer, die von Braunkohlen um rund 2 Millionen geringer.

	Juli 1924	Juni 1924	Juli 1913
Steinkohlen	11 272 997	9 100 535	8 443 274
Braunkohlen	9 670 154	9 033 877	11 016 163
Koks	2 207 084	1 775 247	618 547
Steinprekohl	354 222	295 260	78 043
Braunprekohl	2 284 015	2 229 771	2 590 712

Gleichzeitig liegt die Statistik für die ersten sieben Monate 1924 (Januar bis Juli) vor, die wir mit dem Vorjahre und dem letzten Vorkriegsjahre — 1913 — in Vergleich stellen:

	1924	1923	1913
Steinkohlen	62 772 031	42 220 233	82 453 165
Braunkohlen	67 964 180	76 374 476	49 408 700
Koks	12 446 453	9 506 638	17 120 418
Steinprekohl	1 831 050	1 350 622	3 230 429
Braunprekohl	15 873 360	17 580 138	12 209 736

Gegenüber 1913 bleibt die Steinkohlenproduktion der Vergleichszeit für 1924 noch um 20 Millionen To. zurück, während die Braunkohlenproduktion trotz absteigender Kurve gegenüber dem Vorjahr, gemessen an der Produktion 1924, noch um 19 Mill. To. gegenüber der Produktion von 1913 stieg.

Neue belgische Kohlenbeden.

Verschiedenen belgischen Gütergesellschaften ist das Recht zugesprochen worden, die südbelgischen Kohlenfelder (Sainaut) festgestellten Kohlenvorkommen, die sich bis zur französischen und zur luxemburgischen Grenze hinziehen, auszubenten. Es handelt sich um die Société anonyme John Coderill in Seraing, im Verein mit der Gesellschaft Metallurgique Espérance — Longwy in Lüttich, für eine Gesamtfläche von 945 Hektar, ferner der Société anonyme des Acieries d'Angleur in Angleur, im Verein mit der Bergwerksgesellschaft Charbonnages Belges zu Frameries, für eine Gesamtfläche von 1054 Hektar. Die Vorkommen für die Erschließung der Kohlenfelder müssen laut den Konzessionsbedingungen noch dieses Jahr beginnen. Man wird mithin in nächster Zeit mit

Bergbautechnik.

Kohlenvergasung ohne Kohlenförderung.

Der berühmte englische Chemiker William Ramsay beschäftigt sich schon seit langer Zeit mit der Idee, die Gaserzeugung dort hin zu verlegen, wo sich die Natur die Kohle befindet, also in das Innere der Erde, in die Steinkohlenlager.

Von den Betriebsräten.

Müheliche Betriebsräte.

Das Betriebsräteauschussmitglied H. von der Zeche L. wurde nach der Matrausperrung nicht wieder eingestellt. Angeblich sollte sich H. schwere Verletzungen haben zuzuschreiben kommen lassen.

Internationale Rundschau.

Die Gewerkschaftsinternationale.

16 641 878 Mitglieder — 28 internationale Berufssekretariate.

Ueber die Mitgliederzahl der einzelnen Berufssekretariate macht der Tätigkeitsbericht des I.G.B. an den Internationalen Kongress in Wien folgende Angaben über die Mitgliederzahl Ende 1923 (der eingetragene Ort ist der Sitz des Sekretariats):

Table with 2 columns: Beruf and Mitgliederzahl. Includes Metallarbeiter (Bern), Bergarbeiter (Ponbova), Fabrikarbeiter (Amsterdam), etc.

Danach bestehen 28 internationale Berufssekretariate mit zusammen 16 641 878 Mitgliedern.

Fortsetzung des belgischen Bergarbeiterstreiks.

Eine Urabstimmung.

Die Urabstimmung der Bergarbeiter im Vorinlage am Mittwoch ergab 16 000 Stimmen für die Fortsetzung des Generallstreiks und 2500 Stimmen dagegen.

Differenzen im niederländischen Bergbau.

Der Lohnkonflikt im limburgischen Kohlenbecken droht zu einem allgemeinen Streik im niederländischen Bergbau zu führen. Eine Anzahl Kaufleute in Geerlen, dem niederländischen Bochum, hat sich bereit erklärt, im Streikfall die streikenden Bergarbeiter möglichst zu unterstützen.

Mosauer Einheitsfront.

Die Wiener Metallarbeiter führten einen einwöchigen erfolgreichen Lohnkampf. Die Wiener Metallindustriellen teilten vor einigen Wochen dem Metallarbeiterverband mit, daß die Löhne um 15 Prozent abgebaut und die Arbeitszeit verlängert werden müsse.

eine geringfügige Lohnzulage schließlich gewähren, aber die Provinzorte davon ausschließen. Darauf legte der Metallarbeiterverband einen Teil seiner Reserven ein.

Unter dem Druck dieses äußersten Kampfmittels gaben die Unternehmer nach. Sie bewilligten eine Erhöhung der Mindestlöhne um 20 Prozent und der übrigen Löhne um 10 Prozent, und zwar für sämtliche Arbeiter der österreichischen Metallindustrie.

Das Sterben der russischen Industrie.

Neues Unheil droht der russischen Industrie und dem Verkehrswesen, da die abgenutzten Motoren, Maschinen und Werkbänke nicht mehr für produktive Arbeit zu gebrauchen sind. Eine spezielle Untersuchung des Obersten Rates der Volkswirtschaft hat folgende trübe Feststellungen gemacht: 25 Prozent aller Eisenbahnbrücken dienen seit mehr als 50 Jahren dem Verkehr, ohne daß sie einer gründlichen Renovierung unterworfen wurden.

Schätzt man den gesamten Grundfonds der russischen Industrie auf zwei Milliarden Vorkriegsrubel, so beläuft sich der Wert der Metalle, die für den Ersatz der Maschinen und Werkbänke notwendig sind, auf mehr als 400 Millionen Rubel.

Bisher gelang es, die drohende Katastrophe abzumwenden, indem man die maschinellen Einrichtungen aus den stillstehenden Fabriken in die in Betrieb befindlichen überführte, aus zwei Werkbänken eine zusammenstellte usw.

Indes ist bei der Politik, die die Sowjetregierung nach wie vor führt, der Zweifel durchaus berechtigt, ob sie in der nächsten Zeit die ungeheuren Mittel aufbringt, die für die Neueinrichtung aller Fabriken und Werke erforderlich sind.

Die russische Kohlenförderung im ersten Halbjahr 1923-24.

Nach Angaben des Wirtschaftsamtess sollen im ersten Halbjahre des laufenden Wirtschaftsjahres 1923-24 in Rußland insgesamt 450 Millionen Rubel Steinkohle gefördert worden sein, gegenüber 350 Millionen Rubel im ersten Halbjahr 1922-23.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Feierschichten — Ueberschichten.

Im Ruhrbergbau gehen wunderliche Dinge vor. Feierschichten wegen Mangel an Absatz, Zechenstilllegungen wegen Unrentabilität, Ueberschichten wegen großen Austrägen. Der ganze Widerstand der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise drückt sich in diesen wenigen Sätzen aus.

Daß die Verwaltung mit ihrer gesegwidrigen Maßnahme eine große Dummheit begangen hat, ist von dem Betriebsführer bereits zugegeben worden, aber trotzdem glaubt dieser wunderbare Herr, es sei Aufgabe des Betriebsrats gewesen, ihn auf sein gesegwidriges Tun aufmerksam zu machen.

Am 10. September machte die Verwaltung einen Anschlag, aus dem hervorging, daß die für Donnerstag, den 11. September, angelegte 1 1/2 Schicht ausfällt. Am 12. September hat die Belegschaft der Morgen- schicht eine geistliche Abstinenz vorgenommen, wobei 68 Mann für und 166 gegen das Verfahren von Ueberschichten stimmten.

mitglieder in Frage kommen, wird ihre Organisation dafür sorgen, daß sie schablos gehalten werden. Ungefühnt kann jedenfalls ein solches Vorgehen nicht bleiben. Die Verwaltung von Klosterbusch versucht nun, auf anderen krummen Wegen zu ihrem Ziel zu kommen und zwar folgen- dermaßen: Die Zeiger bestellen die einzelnen Belegschaftsmitglieder zum Vorgesetzten. Trotz der Abstinenz sind tags darauf 35 Mann der Morgen- schicht zum Vorgesetzten angefahren.

Auf der Zeche Holland liegen die Dinge ähnlich. Torr wird ebenfalls vollgeleert. Besonders in den Tagesbetrieben hat ein wildes Ueberschichtenreiben eingelegt. In der Wäsche gibt es Streitereien, die fünfmal in der Woche doppelt machen! Eine ganz respektable Leistung, wenn man bedenkt, daß die Arbeitszeit 10 Stunden beträgt!

Auf der Zeche Mansfeld V steht das wilde Ueberschichtenreiben ebenfalls in voller Blüte. Drei Ueberschichten pro Woche sind keine Seltenheit. Sogar die alten Invaliden können es sich nicht verkneifen, unter Tage Ueberschichten zu machen.

Kameraden! Wie lange noch wollt ihr diesen Zustand dulden? Denkt an eure Kameraden, die schon wochenlang arbeitslos sind! Verweigert die Ueberschichten! Verlangt, daß erst die erwerbslosen Kameraden angelegt werden!

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Verbindlich erklärter Schiedspruch im südlichen Ruhrbergbau.

Der am 2. September gefällte Schiedspruch über die Lohnstreitigkeiten im Ruhrbergbau (südliche Randzechen) wurde vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt.

In der Begründung des Reichsarbeitsministers heißt es: „Die im Schiedspruch vorgeschlagene Regelung bezweckt die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der südlichen Randzechen des Ruhrgebiets und dient damit auch der Erhaltung der Arbeitsgelegenheit für die Arbeitnehmer. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage der südlichen Randzechen ist es unvermeidlich die Lohnspannen zwischen diesen und den übrigen Zechen des Ruhrkohlenbergbaues etwas zu erweitern und den Kreis der von dieser Regelung betroffenen Zechen weiter zu ziehen.“

Da in der Nachverhandlung am 10. September 1924 eine Verständigung der Tarifparteien nicht zu erreichen war, die Herstellung eines verträglichen Zustandes in der Lohnfrage aber aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen erforderlich ist, mußte im Interesse der Allgemeinheit die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches ausgesprochen werden.“

Explosion auf Zeche Schleswig.

Das preussische Oberbergamt teilt mit: Dienstag vormittag (16. September) sind beim Verladen von Guldennmassen der Zeche Schleswig bei Brodel elf Mann tödlich verunglückt.

Das Unglück ist nach bisheriger Feststellung durch eine Explosion entstanden, und zwar vermutlich auf die Weise, daß an der Arbeitsstelle größere Mengen schwelender Massen abgerührt und hierbei brennbare Gase frei geworden sind, die mit der Luft ein explosibles Gemisch gebildet haben. Das Gemisch hat sich dann entzündet und die in der Umgebung arbeitenden Leute getötet und verletzt.

Fünf Kameraden erdrückt.

Im Schacht II der Deutschen Solbawerke bei Wüderich ereignete sich am Montag, den 11. September, bei den Teufarbeiten ein schweres Unglück. Durch den Abbruch eines aus Beton bestehenden Mauerfußes wurden fünf Kameraden unseres Verbandes, die beim Klüpfen des Salzes unter dem Mauerfuß beschäftigt waren, buchstäblich erdrückt. Zwei weitere Kameraden wurden verletzt. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt. In Wehmut gedenken wir den Kameraden, die inmitten ihres Schaffens von unserer Seite, von Weib und Kind getrieben wurden. Ehre ihrem Andenken!

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Alte Erzberge wieder in Betrieb.

Seit einigen Wochen beschäftigt sich eine Kommission damit, ein altes Erzlager bei Wayerath im Kreise Kräm wieder in Betrieb zu setzen. Da in früheren Zeiten nur die Hauptgänge ausgebeutet wurden, finden sich nur schmale und niedrige Eingänge, die meist im Laufe der Zeit wieder eingestürzt sind. Erfolgreiche Ausbeute soll durch Anlage eines vorläufig breiten Stollens erleichtert werden. Die Beförderung soll mittels einer Kleinbahn an die Hauptstrecke nach Wayerath erfolgen. Weiter beginnt man wieder im Gebiet zwischen Wayerath und Weiler im Kreise Mayen nach Erz zu schürfen. Mögliche Funde alter Stollen, die eingestürzt sind, und auch mehrere noch offene Stollen bezeugen, daß schon vor Menschenaltern alle Anstrengungen gemacht worden sind, daselbst Erdschätze auszuweiden. Wie verlautet, soll von Fachkundigen behauptet werden, daß das Hauptlager sich erstreckt von St. Jost bei Finneburg nach der Mosel zu. In St. Jost stand früher eine Anlage mit Wäsche usw. in Betrieb, die durch Feuersbrunst zerstört wurde. Es wäre zu wünschen, wenn die Betriebe sich bald rentabel zeigen würden, besonders letzterer, da es die wichtigste Industrie am Platte wäre. Außer mehreren kleinen Schiefergruben und der Saftfabrikabridge ist in der ganzen stundenweiten Umgebung keine andere Arbeitsgelegenheit. Wir wünschen den Veruchen besten Erfolg und würde es wohl auch dann eher in der noch finsternen Gegend Licht werden im Sinne der modernen Arbeiterbewegung.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 39. Woche (vom 21. bis 27. September) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

An unsere Mitglieder!

Laut Beschluß des Gesamtvorstandes und des Rates sowie nach einem Uebereinkommen mit den anderen Bergarbeiterorganisationen erfolgt ab 28. September 1924 die Wiedergahlung der naturlichen Sterbeunterstützung. Von der Zahlung der anderen Unterstützungsarten muß leider zurzeit noch Abstand genommen werden, weil die Einnahmen der Verbände, verschuldet durch die große Arbeitslosigkeit im Bergbau, noch zu gering sind und zur Deckung der dafür erforderlichen großen Ausgaben nicht ausreichen. Sofern eine Besserung der Verhältnisse eintritt, wird unter den beteiligten Verbänden auch hierzu erneut Stellung genommen. (Die Auszahlung der Sterbeunterstützung erfolgt durch die Hauptkasse. Im Sterbefall müssen deshalb das Mitgliedsbuch, amtliche Sterbeurkunde und Todesbescheinigung der Zahlstelle der Hauptkasse übermittle werden.)

Bücherrevision.

Rechnung. Vom 21. September bis 19. Oktober.

Abrechnungveränderungen.

Selbstkirchen-Katzenfurt. Der erste Vertrauensmann der Zahlstelle wohnt jetzt Steinrückweg 21.

